



## Flüchtlingspolitische Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2020

Anlässlich der anstehenden Kommunalwahlen am 13. September haben wir alle Parteien, die derzeit mit Fraktionen im Essener Stadtrat vertreten sind, gebeten zu insgesamt vier Wahlprüfsteinen Stellung zu flüchtlingspolitischen Themen zu beziehen. In dieser PDF haben wir alle eingegangenen Antworten zu Wahlprüfstein vier aufgelistet. Von FPD, EBB und SLB haben wir leider keine Antwort erhalten.

### 4. Essen – ein sicherer Hafen?

Das Sterben im Mittelmeer endet auch in Pandemiezeiten nicht. Bis zum 18. Juni 2020 starben allein dieses Jahr 339 Menschen bei der Flucht über das Mittelmeer. In den vollkommen überfüllten griechischen Lagern leben Geflüchtete unter unmenschlichen Bedingungen und der Gefahr einer massenhaften Infektion.

- a) Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass Essen zu einem sicheren Hafen wird und über die rechtlichen Verpflichtungen hinaus Geflüchtete aufnimmt?
- b) Soll Essen dem Bündnis sicherer Häfen beitreten, um im Verbund mit anderen Kommunen der Bundesregierung eine Aufnahmebereitschaft zu signalisieren?
- c) Sehen Sie auf kommunaler Ebene Ansatzpunkte dem internationalen Seerecht auf Seenotrettung durch die Bundesregierung und die EU Geltung zu verschaffen? Werden Sie sich dafür einsetzen?

 	<p><b>4. Essen – ein sicherer Hafen?</b></p> <p>Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl als humanitäre Verpflichtung. Wir wollen, dass Essen endlich ein „sicherer Hafen“ wird und sich an der „Aktion Seebrücke“ beteiligt. Wir bauen auf gute Integrationsangebote für Flüchtlinge und Zugewanderte. Vor dem Hintergrund der katastrophalen humanitären Lage in den griechischen Flüchtlings-Camps sieht die Fraktion der Grünen dringenden Handlungsbedarf für die Stadt. Inzwischen haben sich bereits alle größeren Nachbarstädte - von Düsseldorf, Köln über Bochum und Dortmund – zum sicheren Hafen für aus Seenot gerettete Flüchtlinge erklärt. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Essen endlich ein entsprechender Ratsbeschluss gefasst wird. Für eine Großstadt wie Essen mit entsprechenden freien Kapazitäten bei der Flüchtlingsunterbringung sollte die Unterstützung der Aktion „Seebrücke“ eine Selbstverständlichkeit sein. Leider sind bisher zwei unserer Ratsinitiativen an der Großen Koalition aus CDU und SPD gescheitert. Es ist mehr als blamabel, dass die Essener Sozialdemokratie es bisher nicht geschafft hat, ihrem christdemokratischen Koalitionspartner im Rat ein entsprechendes Zugeständnis abzurufen.</p>
 	<p>a) Essen hat in den vergangenen Jahren die Quote bei der Aufnahme von Geflüchteten und die damit verbundenen rechtlichen Verpflichtungen mehr als erfüllt. Wir haben über 20.000 Geflüchtete aufgenommen. Beispielsweise auch durch Familienzuzüge oder Umzüge aus anderen Städten und Bundesländern. Durch Familienzuzüge werden auch künftig weitere Menschen zu uns kommen, um hier zu leben. Wir haben in unserer Stadt insbesondere vor Inkrafttreten der Wohnsitzauflage sehr viele Menschen aus Syrien und anderen Ländern mit Schutzstatus aufgenommen, so dass die Quote für diesen Personenkreis mit 233,71 Prozent sehr hoch ist. In NRW weist nur die Stadt Minden mit 242,91 Prozent (Stichtag 19.07.2020) eine höhere Erfüllungsquote auf. Es ist auch weiterhin eine große Herausforderung all diese Menschen mit Bleiberechtsperspektive in unsere Stadtgesellschaft zu integrieren. Neben den integrationspolitischen Herausforderungen sind dabei auch die finanziellen Aufwendungen (Transferbezug) zu berücksichtigen. Es sollten zunächst die Städte und Landkreise einer Aufnahmepflicht nachkommen, die bislang weniger belastet wurden.</p> <p>b) Wir werden selbstverständlich trotz der erheblichen Zuzüge der letzten Jahre alle weiteren rechtlich bindenden Neuzuweisungen aufnehmen. Darüber hinaus gehende freiwillige Leistungen sind ob der oben beschriebenen Fallzahlen nicht vorgesehen. „Sichere Häfen“ auf kommunaler Ebene sind aus Sicht der CDU Essen nicht der richtige Weg zur Lösung der weltweiten Flüchtlingsfragen. Die Verantwortung für die Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland liegt auf Bundes- und Europaebene. Aus diesem Grund sind wir der Ansicht, dem freiwilligen Bündnis „Sichere Häfen“ nicht beizutreten.</p> <p>c) Auch Fragen zum internationalen Seerecht können nicht auf kommunaler Ebene gelöst werden. Hierfür sind der Bund und die Europäische Union zuständig. Dort müssen Antworten gegeben werden.</p>

**DIE LINKE.**



a) Ja, wir werden uns für dafür einsetzen Essen zu einem sicheren Hafen zu machen. Seit der Gründung der Initiative vor 2 Jahren wirken wir immer wieder daraufhin, dass Essen dieser Beitritt. Wir haben als Stadt die Verantwortung für Menschen, die auf der Flucht nach Europa sterben.

b) Essen soll dem Bündnis „sicherer Häfen“ beitreten. Gemeinsam mit anderen Kommunen kann so Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden, damit das Asylrecht grundlegend geändert wird (zum Beispiel Aussetzen der Drittstaatenregelung). Bis dahin soll die Stadt Essen sich bereit erklären mehr Geflüchtete aufzunehmen, als sie nach Königsteiner Schlüssel müsste.

c) Wir werden uns natürlich im Rahmen der Möglichkeiten dafür einsetzen, dass Essen nicht nur zu einem sicheren Hafen, sondern auch zu einem sicheren Ort im Sinne des Seerechtes wird. Darüber hinaus werden wir natürlich nicht aufhören gemeinsam mit anderen Städten weiter zu appellieren und Angebote zu schaffen, um Signale zu setzen, dass sowohl die Bundesregierung als auch die EU noch nicht alle ihre Möglichkeiten ausgeschöpft haben, um Menschen auf der Flucht zu helfen.

**SPD**



a) Wir haben eine humanitäre Verantwortung und müssen denjenigen Schutz gewähren, die vor politischer oder religiöser Verfolgung oder vor einem Krieg fliehen und sich in Sicherheit bringen wollen. Das Recht auf Asyl ist im Grundgesetz verankert und darf nicht angetastet werden. Für uns steht zudem außer Frage, dass auch Essen ein sicherer Hafen mit Blick auf die Aufnahme besonders schutzbedürftiger und verletzlicher Menschen ist. Dazu zählen für uns aus akuter Seenot gerettete Menschen ebenso wie minderjährige Unbegleitete in den menschenunwürdigen Lagern in Griechenland.

b) Ja – sofern es um die o.g. Personenkreise geht und die Kommunen volle Hoheit über die von ihnen zusätzlich stemmbaren Kontingente bekommen. Wir wollen aktiv helfen und die akutesten Notsituationen geflüchteter Menschen lindern. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, keine Überforderungen, insbesondere der Bildungsträger\*innen im Essener Norden herbeizuführen.

c) Die konkrete Aufnahme, Unterbringung und Integration geflüchteter Menschen finden in den Kommunen statt. Deshalb ist es nur richtig, dass die Städte und Gemeinden in diesen Politikfeldern auf Augenhöhe mitreden können. Wir brauchen Lösungen im Schulterschluss, die letztlich ein gemeinsames europäisches Vorgehen ermöglichen. Leider ist ein Konsens auf EU-Ebene in nahezu allen flüchtlingsrelevanten Themen nicht in Sicht. Umso wichtiger ist das Signal vieler Städte, selbst Verantwortung zu übernehmen. Wir unterstützen auch die Initiative der SPD-geführten Länder zur Aufnahme Minderjähriger aus Moria unter der Federführung des niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius. Gleichzeitig halten wir es für einen Skandal, dass Bundesinnenminister Seehofer dem Land Berlin die Aufnahme zusätzlicher Geflüchteter verbietet. Hier kämpfen wir für eine andere, menschlichere Geflüchtetenpolitik.



a) Ja. Die Ratsmitglieder der Tierschutzpartei haben in der Ratssitzung im Mai 2020 neben Grünen und Linken einem entsprechenden Antrag ausdrücklich zugestimmt. Alle übrigen Parteien haben dagegen gestimmt.

b) Ja, s. a).

c) Juristisch liegt die Kompetenz zur Durchsetzung internationalen Seerechts rein formell nicht bei den Kommunen. Allerdings kann unseres Erachtens durchaus bei Einigkeit der Kommunen der Städte- und Gemeindebund, der eine starke Stimme auch auf Bundesebene hat, Einfluss nehmen. Die Stadt Essen sollte sich im Städte- und Gemeindebund für eine gemeinsame Resolution dieses kommunalen Bundes Richtung Bundesregierung einsetzen.